

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Sitzung

Der Hörfunkrat von Deutschlandradio hat bei seiner letzten Sitzung im Jahr 2024 die Einführung eines Qualitätssicherungsleitfadens für die Angebote von Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova beschlossen. Der Leitfaden für den Hörfunkrat und seine Ausschüsse tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Das Regelwerk formuliert Standards, Zuständigkeiten und Verfahren bei der Kontrolle der journalistischen Angebote durch das Gremium. Für die weitere Koordinierung benannte der Hörfunkrat eine fünfköpfige Steuerungsgruppe, die unter anderem erste Vorschläge für zu prüfende Programmangebote entwickelt.

Einstimmig genehmigte das Aufsichtsgremium den Wirtschaftsplan von Deutschlandradio für das Jahr 2025. Den geplanten Erträgen in Höhe von 275,1 Mio. Euro stehen Aufwendungen in Höhe von 292,7 Mio. Euro gegenüber. Die Differenz kann planmäßig aus eigenen Mitteln gedeckt werden. Der Wirtschaftsplan orientiert sich an dem im 24. KEF-Bericht anerkannten Finanzbedarf.

In Ihrem Arbeitsbericht würdigte die Vorsitzende Katrin Hatzinger die Tätigkeit des Gremiums, welches sich gleich zu Beginn seiner fünfjährigen Amtszeit mit zahlreichen medienpolitischen Weichenstellungen konfrontiert gesehen habe – nicht zuletzt mit dem Reformstaatsvertrag der Länder auf den der Hörfunkrat mit einer eigenen Stellungnahme reagiert habe. Um den stetig steigenden Anforderungen adäquat begegnen zu können, habe sie eine Selbstevaluierung der Arbeit des Gremiums angeschoben, um sein Tun weiter zu professionalisieren sowie eine personelle Verstärkung des Gremienbüros veranlasst, auch, um den diesbezüglichen Vorgaben der Länder zu entsprechen. In diesem Zusammenhang wachse auch die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der Gremienvorsitzenden-Konferenz der ARD (GVK) und dem ZDF-Fernsehrat – bei aller Unterschiedlichkeit und Eigenständigkeit. Vom regelmäßigen Austausch profitierten alle Beteiligten, weshalb sie im Sinne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für einen engen Schulterschluss mit den befreundeten Gremien stehe. Die geplante Einrichtung des neuen Medienrates sei nur ein Thema, bei dem es sich lohne, abgestimmt zu agieren, so die Hörfunkratsvorsitzende abschließend.

In seinem Tätigkeitsbericht informierte Deutschlandradio-Intendant Stefan Raue die Mitglieder des Hörfunkrates unter anderem über den aktuellen Stand der Reformpläne der für die Medienpolitik zuständigen Bundesländer. Im Oktober hatten die Länder Vorschläge für einen geänderten Auftrag für ARD, ZDF und Deutschlandradio vorgelegt, diese seien mittlerweile bestätigt worden. Wegen der ausstehenden Festsetzung des Rundfunkbeitrags hatten ARD und ZDF im November unabhängig davon eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Deutschlandradio sei in diesem Verfahren nur mittelbar beteiligt, da es durch die fehlende Bestätigung der Länder nicht beschwert sei. Aus Sicht von Deutschlandradio genieße aber auch in Zukunft die staatsferne Organisation der Beitragsfestsetzung oberste Priorität. Ausdrücklich begrüßt werde von Deutschlandradio das klare Bekenntnis zur Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als tragende Säule der Demokratie, so Raue: „Einige der mit dem Reformstaatsvertrag beschlossenen Ideen sehen wir als Bestätigung für unseren Weg, der unter anderem mit der Deutschlandradio-Denkfabrik stark auf Publikumsdialog setzt und auf dem wir mit Deutschlandfunk Nova ein junges Programm fest im digitalen Raum etabliert haben.“ In der Diskussion betonte Katrin Hatzinger die Bereitschaft des Hörfunkrates, sich beim Publikums-Dialog gerne stärker einbringen zu wollen.

Im Sommer 2024 hatte der Hörfunkrat einen nichtständigen Ausschuss „Digitales und Innovation“ ins Leben gerufen, der als Thinktank die digitale Entwicklung der Deutschlandradio-Programme begleiten soll. In seiner zweiten Sitzung Ende November 2024 standen die KI-Überlegungen von Deutschlandradio und die Digitalstrategie des Hauses im Zentrum.

Bereits am Vortag hatte sich der Programmausschuss des Hörfunkrates ausführlich mit den Nachrichtenformaten der Deutschlandradio-Programme auseinandergesetzt. Die oft halbstündlichen bzw. stündlichen Nachrichten gelten als Kernkompetenz der bundesweiten Hörfunkprogramme, stehen aber dadurch aber auch unter ständiger Beobachtung. Einen weiteren Schwerpunkt der Beratungen bildete

die drei-köpfige Faktencheck-Unit von Deutschlandradio. Zwei Programmbeschwerden wies der Ausschuss als unbegründet zurück.

Der fortschreitende Umstieg der Programmverbreitung von UKW auf DAB+ bildete einen weiteren Schwerpunkt der Beratungen. Für Deutschlandradio erläuterte Verwaltungs- und Betriebsdirektor Rainer Kampmann den aktuellen Stand und die nächsten geplanten Schritte. Mittlerweile habe der DAB+ Umstieg nicht nur in vielen europäischen Ländern, sondern auch in Deutschland deutlich an Fahrt aufgenommen. Der Umstieg auf DAB+ verspricht einen niedrigeren Energieverbrauch und zugleich eine verbesserte Akustik; auch hier sende Deutschlandradio mit einer hohen Datenrate ein deutliches Signal für die neuen technologischen Möglichkeiten. Der komplette Umstieg von UKW auf DAB+ werde allerdings nur gelingen, wenn er auch für die privaten Rundfunkbetreiber attraktiv sei, erklärte Deutschlandradio-Intendant Stefan Raue. Der Hörfunkrat erklärte seine Unterstützung für die weitere Digitalisierung und machte sich dabei für eine intensive Informationskampagne stark.

Seit dem Jahr 2015 informiert sich der Hörfunkrat anhand einer umfangreichen Übersicht über die Themen von Lob, Beschwerden und Kritik. Neben dem Hörerservice kommt dabei auch den sozialen Netzwerken eine wichtige Rolle zu. Von Januar bis Oktober 2024 verzeichnete der Hörerservice rund 62.000 Kontakte, eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Häufig angesprochene Themen waren wie im Vorjahr der Nahost-Konflikt, die Berichterstattung über die AfD und den Krieg in der Ukraine. Der vollständige Bericht wird auf der Website des Hörfunkrates veröffentlicht.

Schließlich befasste sich der Hörfunkrat mit dem „Bericht über programmliche Leistungen und Perspektiven des nationalen Hörfunks 2024 – 2026“. Mit dem Text legt Deutschlandradio alle zwei Jahre Rechenschaft über die Erfüllung des Auftrages als öffentlich-rechtlicher bundesweiter Hörfunkanbieter ab und stellt die Schwerpunkte seiner künftigen programmlichen Leistungen vor. Der Hörfunkrat beschloss die Veröffentlichung, die unter anderem auf der Website des Senders erfolgt.

Außerdem ließ sich der Hörfunkrat – wie jedes Jahr im Dezember – über die Zusammenarbeit von Deutschlandradio mit ARD und ZDF unterrichten.

Folgende Mitglieder des Hörfunkrates haben an der Sitzung teilgenommen:

Katrin Hatzinger (Vorsitzende), Michael Deutscher (1. stellv. Vorsitzender), Kolja Baxmann, Caroline Blarr, Klaus Böger, Berthold Bose, Jürgen Coße, Herta Daniel, Dr. Martina Daniel, Knut Deutscher, Behiye Ersoy, Hendrik Escher, Burkhard Fieber, Heinz Galle, Stefan Grüttner, Alexander Gunkel, Dr. Cornelia Haase-Lerch, Michael Hamm, Ingrid Hartges, Klaus Jetz, Annett Kannenberg-Bode, Memet Kilic, Norbert Klein, Dr. Alexander Kleist, Thomas Kralinski, Abraham Lehrer, Dr. Dagmar Nelleßen-Strauch, Nora Neye, Matthias Nüse, Cornelia Prüfer-Storcks, Prof. Dr. Franz Riemer, Prof. Dr. Oliver Scheytt, Dr. Reinhard Spieler, Joachim Wittrien, Jörg Ziercke.

* * *

Zusätzliche Informationen zum Hörfunkrat, über seine Mitglieder und Arbeitsschwerpunkte finden sich unter <http://www.deutschlandradio.de/gremien>